

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kleinschmidt,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen im Rat der Stadt Brakel,

in diesem Jahr legen wir unsere Vorschläge zum Haushalt bewusst sehr frühzeitig vor, damit ausreichend Gelegenheit besteht, diese im Rahmen Ihrer sicherlich noch anstehenden Haushaltsberatungen sachlich zu prüfen und zu diskutieren. Wir bitten darum, die nachfolgenden Anregungen ohne parteipolitische Brille im Interesse unserer Stadt zu bewerten und – wo sinnvoll – gerne zu unterstützen, zu ergänzen oder anzupassen. Die Reihenfolge der Punkte stellt dabei ausdrücklich **keine Priorisierung** dar, auch wenn insbesondere der Bereich **Personalstruktur erfahrungsgemäß mit Abstand die größten finanziellen Auswirkungen** auf den städtischen Haushalt haben dürfte.

1. Externe Analyse der Verwaltungs- und Personalstruktur

Wir regen an, ein externes Fachbüro mit ausgewiesener Verwaltungsexpertise zu beauftragen, um Personal- und Organisationsstrukturen objektiv zu analysieren und kurz-, mittel- und langfristige Einsparpotenziale sowie Effizienzsteigerungen zu identifizieren. Dies soll ausdrücklich kein Eingriff in die Organisationshoheit des Bürgermeisteramtes sein, sondern ein konstruktiver Beitrag zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung. Dabei sollten insbesondere auch die fortschreitende Digitalisierung der Verwaltungsabläufe sowie die sich wandelnde Bevölkerungsstruktur berücksichtigt werden, da beide Faktoren künftig erheblichen Einfluss auf Aufgabenprofil, Personalbedarf und Effizienz der Verwaltung haben dürften.

Zudem fällt auf, dass mittlerweile nahezu sämtliche Bauprojekte – selbst kleinere Maßnahmen im Sanierungsbereich – durch externe Planungsbüros begleitet werden. Auch dies sollte im Rahmen einer solchen Analyse betrachtet werden, da sich hier möglicherweise zusätzliche organisatorische oder wirtschaftliche Optimierungspotenziale ergeben.

2. Vorziehen der Dachsanierung der Ösehalle

Zur Sicherstellung eines störungsfreien Jubiläumsschützenfestes 2027 sollte die Dachsanierung der Ösehalle zeitlich vorgezogen werden. Der zuständige Bezirksausschuss hat bereits in seiner konstituierenden Sitzung einmütig gefordert, dass das Jubiläumsschützenfest 2027 keinesfalls durch Sanierungsmaßnahmen oder mögliche Schäden am Hallendach beeinträchtigt werden darf.

Im Haushaltsplan für das Folgejahr sind derzeit rund **375.000 €** für eine umfassendere Maßnahme vorgesehen, bei einer in Aussicht gestellten **Förderquote von etwa 65 % durch das Land**. Gleichwohl verbleibt auch bei Förderung ein erheblicher Eigenanteil bei der Stadt. Durch eine pragmatische, substanzorientierte Dachsanierung bereits jetzt ließe sich nach unserer Einschätzung trotz eventuell ausbleibender Förderung eine deutliche finanzielle Entlastung in den Folgejahren erreichen, da geringere Investitions- und Folgekosten zu erwarten sind.

Zur Finanzierung schlagen wir konkret vor:

- Verzicht auf die umfangreiche energetische Sanierungsplanung zugunsten einer substanzorientierten 1:1-Dacherneuerung,
- Verwendung der hierfür eingeplanten Planungskosten (ca. 50.000 €),
- Verschiebung der Planungskostenrückstellungen für das Neubaugebiet Siddessen (3 ×

5.000 €) um ein bis zwei Jahre,
– Einbeziehung vorhandener Restmittel aus dem Vorjahr.

3. Zukunftskonzept Stadthalle Brakel – Wirtschaftlichkeit, Nutzung und Entgeltstruktur

Die Stadthalle Brakel verursacht seit Jahren ein erhebliches strukturelles Defizit und belastet den städtischen Haushalt stärker als sämtliche Dorfgemeinschaftshäuser zusammen. Trotz Investitionen von rund drei Millionen Euro besteht weiterhin Sanierungsbedarf, aktuell insbesondere im Bereich der Sanitäranlagen.

Seitens der Verwaltung wurde die Stadthalle in der Vergangenheit mehrfach als „Leuchtturm“ für die Stadt – auch über den Kreis Höxter hinaus – bezeichnet. Wenn dies zutrifft, sollte sich dies auch in einer wirtschaftlich nachvollziehbaren Nutzung widerspiegeln. Gerade eine Einrichtung mit überregionaler Ausstrahlung zieht Nutzer an; vor diesem Hintergrund ist schwer vermittelbar, wenn Nutzungen zu sehr niedrigen Konditionen erfolgen oder der Eindruck entsteht, dass das Objekt unter Wert vergeben wird, zumal jede Nutzung zwangsläufig mit Abnutzung von Gebäude und Inventar verbunden ist.

Wir schlagen daher vor:

- die Sanierung der Sanitäranlagen an angemessene Eigenleistungen der hauptnutzenden Vereine zu koppeln,
- die Initiierung eines Betreibervereins zur Verbesserung von Organisation, Nutzung und Wirtschaftlichkeit zu prüfen; dabei sollte auch eine faire Vergleichbarkeit („Quergerechtigkeit“) zwischen dem Engagement in den Ortsteilen und den Bedingungen in der Kernstadt berücksichtigt werden,
- die Möglichkeit einer festen gastronomischen Verpachtung erneut zu prüfen, da frühere Förderrestriktionen und wettbewerbliche Bedenken inzwischen weitgehend entfallen sein dürften,
- zugleich die Miet- und Nutzungsentgelte der Stadthalle insgesamt zu überprüfen, insbesondere Veranstaltungen mit Abrechnung nach Zeittarifen hinsichtlich Kostendeckung, Wirtschaftlichkeit und Vergleichbarkeit mit ähnlichen Einrichtungen. Hierzu regen wir einen Prüfauftrag an den Rechnungsprüfungsausschuss an.

Ziel ist eine nachhaltige Reduzierung des strukturellen Defizits bei gleichzeitigem Erhalt der Stadthalle als zentraler Veranstaltungsort.

4. Ausschreibung städtischer landwirtschaftlicher Flächen

Wir schlagen vor, sämtliche städtischen landwirtschaftlichen Flächen transparent und diskriminierungsfrei neu auszuschreiben, mit Vergabe an den wirtschaftlichsten Anbieter auf Grundlage klarer Kriterien. Anbieter aus dem Stadtgebiet können selbstverständlich teilnehmen; entscheidend ist jedoch eine faire, nachvollziehbare und wirtschaftlich orientierte Vergabe ohne Bevorzugungen.

5. Transparenz bei Vereinsfördermitteln und Mitteln nach Hauptsatzung

Bereits ausgezahlte Mittel sollten hinsichtlich angesparter Bestände vollständig erfasst werden. Rücklagen ohne konkrete zeitnahe Zweckbindung sollten vorrangig eingesetzt werden, bevor neue Mittel fließen. Entsprechende Konten sollten vollständig in der

städtischen Buchhaltung abgebildet werden, um Transparenz und haushaltsrechtliche Klarheit sicherzustellen. Bis zur Klärung regen wir Sperrvermerke für weitere Mittelzuweisungen in betroffenen Ortsteilen an.

Grundsätzlich gilt aus unserer Sicht: **„Schwarze Kassen“ darf es nicht geben! Alle vorhandenen Bestände gehören in den städtischen Haushalt integriert**, damit eine transparente und haushaltsrechtlich saubere Mittelverwendung gewährleistet ist.

6. Sofortiger Abrisstopp „Alte Molkerei“ Gehrden und Verkaufsverhandlungen

Wir beantragen einen sofortigen Abrisstopp im Bereich „Alte Molkerei“ in Gehrden. Stattdessen sollte umgehend die Verhandlung eines Verkaufs bzw. einer Übertragung an einen privaten Investor aufgenommen werden – gegebenenfalls auch unter Inkaufnahme eines Verlustes auf bereits investierte Beträge bzw. auf den Kaufpreis.

Aus unserer Sicht ist ein Verkauf oder eine Übergabe selbst unter ungünstigen Konditionen wirtschaftlich sinnvoller als ein Abriss mit anschließendem Verbleib einer „grünen Wiese“, deren Nutzungsperspektive unklar ist und die dauerhaft keinen Mehrwert für die Stadt erzeugt.

7. Zusatzvergütungen für Ausschussvorsitzende

Abschließend beantragen wir erneut, die zusätzlichen Vergütungen für Ausschussvorsitzende zu überprüfen und möglichst abzuschaffen. Gerade in finanziell angespannten Zeiten sollte die Kommunalpolitik auch selbst ein Zeichen verantwortungsvollen Umgangs mit Haushaltsmitteln setzen.

8. Klarstellung zur Bilanzpolitik: Verlustvorträge vs. offener Ausweis und Haushaltssicherung

Allübergreifend regen wir an, grundlegend prüfen und transparent darstellen zu lassen, ob die derzeit praktizierten buchhalterischen Sonderbuchungen in Form von Verlustvorträgen tatsächlich zwingend erforderlich sind – oder ob es nicht seriöser und für Rat und Öffentlichkeit nachvollziehbarer wäre, die Verluste offen auszuweisen und die Konsequenzen daraus, einschließlich eines möglichen (früheren) Einstiegs in ein Haushaltssicherungskonzept, transparent zu bewerten.

Wir bitten insbesondere um eine Darstellung, welche konkreten rechtlichen und finanziellen Auswirkungen die jeweiligen Wege tatsächlich haben. Denn dauerhaft entstehende, „verdeckte“ Belastungen laufen aus unserer Sicht darauf hinaus, einen wachsenden Schuldenberg in die Zukunft zu verschieben – zulasten der kommenden Generationen. Das kann nicht Ziel verantwortungsvoller Kommunalpolitik sein.

Unser gemeinsames Ziel sollte es sein, die Stadt Brakel finanziell solide, transparent und zukunftsfähig aufzustellen. Wir freuen uns auf eine konstruktive Beratung dieser Punkte.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Heilemann

Liste Zukunft// Vorsitzender Ratsfraktion